

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 39 | 25.09.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 406/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **4. C-SchulampelphasenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten erlassen sowie die **3. C-SchulampelphasenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten und die **COVID-19-Schulverordnung 2020/21** geändert wird

[BGBl II 407/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (**11. COVID-19-LV-Novelle**)

[BGBl II 411/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2** geändert wird

[BGBl II 412/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (**1. COVID-19-MV-Novelle**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 304 v 18.09.2020, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2020/1298 der Kommission vom 13. Juli 2020 zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die **Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen** in der Union

[ABI L 305 v 21.09.2020, 33](#)

Empfehlung (EU) 2020/1307 der Kommission vom 18. September 2020 für ein gemeinsames Instrumentarium der Union zur **Senkung der Kosten** des Aufbaus von Netzen mit sehr hoher Kapazität und zur Gewährleistung eines raschen und investitionsfreundlichen Zugangs zu **5G-Funkfrequenzen** im Hinblick auf die Förderung der Konnektivität zur **Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung** von der COVID-19-Krise in der Union

[ABI L 306 v 21.09.2020, 1](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1308 der Kommission vom 21. September 2020 zur Feststellung der Gleichwertigkeit des für **zentrale Gegenparteien** im Vereinigten Königreich **Großbritannien und Nordirland** geltenden Rechtsrahmens gemäß der Verordnung (EU) Nr 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates für einen begrenzten Zeitraum

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

08.06.2020, [E 1492/2019](#)

B-VG; **Steuerabkommen Liechtenstein**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Vorschreibung einer **Einmalzahlung an die österreichische Finanzbehörde** gem dem Steuerabkommen für Liechtenstein; keine Anwendung des Steuerabkommens bei Vorliegen eines Irrtums betreffend die Einmalzahlung von Zinserträgen für Einkünfte aus öffentlichen Quellen auf einem liechtensteinischen Gehaltskonto

08.06.2020, [E 4519/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen des Irans; mangelnde Nachvollziehbarkeit der Beweiswürdigung zur Scheinkonversion und Abgehen vom Akteninhalt zur Verfolgung von Religionszugehörigen der Bahá'í

08.06.2020, [E 1043/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status einer subsidiär Schutzberechtigten** betreffend eine Staatsangehörige von Somalia; mangelhafte beweiswürdige Auseinandersetzung mit dem Vorbringen der Misshandlung durch einen Verwandten

09.06.2020, [E 4023/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen aus Afghanistan; mangelnde Auseinandersetzung mit der Minderjährigkeit und den UNHCR-Richtlinien

09.06.2020, [E 460/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen; keine Berücksichtigung der Tätigkeit für ein amerikanisches Unternehmen

09.06.2020, [E 509/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Mutter und ihren minderjährigen Sohn; mangelnde Auseinandersetzung mit der Situation von Kindern im Herkunftsstaat Nigeria

18.06.2020, [E 1045/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Bangladesch; mangelhafte Beweiswürdigung zur behaupteten Verfolgung aus politischen Gründen

26.06.2020, [V 344/2020 ua](#)

HeeresdisziplinarG; Gesetzeswidrigkeit der **Geschäftseinteilung der Disziplinarkommission** für Soldaten für 2019 mangels Zuständigkeit des verordnungserlassenden Organs; Unzuständigkeit des drittgereichten Stellvertreters zur Verordnungserlassung mangels Verhinderung des zweitgereichten Stellvertreters

26.06.2020, [E 902/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Kamerun; mangelnde Begründung der mündlich verkündeten Entscheidung, keine ausreichende Auseinandersetzung mit UNHCR-Richtlinien zur Homosexualität sowie mangelhafte Beweiswürdigung und -erhebung

26.06.2020, [E 1389/2020](#)

BVG-Rassendiskriminierung; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; mangelhafte Feststellungen zur Herkunftsregion und einer innerstaatlichen Fluchtalternative

26.06.2020, [E 1689/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** sowie des Art 3 EMRK durch Abweisung des **Asyl- und subsidiären Schutzstatus** betreffend eine Staatsangehörige des Iraks; mangelnde Auseinandersetzung mit der medizinischen Versorgung der betagten Beschwerdeführerin in der Herkunftsregion

14.07.2020, [E 4666/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen aus Afghanistan; mangelnde Auseinandersetzung mit einem Bericht des EASO

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.07.2020, [Ra 2019/03/0163](#)

Öffentlicher Personennah- und RegionalverkehrsG; KraftfahrlinienG; durch die Novelle BGBl I 58/2015 zum KraftfahrlinienG hat der Gesetzgeber gesonderte Regeln für die **Konkurrenzierung nicht-kommerzieller Verkehrsdienste** geschaffen; demnach ist zu prüfen, ob der beantragte Kraftfahrlinienverkehr die Erfüllung der Verkehrsaufgaben nicht-kommerzieller Verkehrsdienste iSd § 3 Abs 3 Öffentlicher Personennah- und RegionalverkehrsG in deren Verkehrsbereich er ganz oder teilweise fällt, „ernsthaft beeinträchtigen“ würde, während bei kommerziellen Verkehrsdiensten darauf abzustellen ist, ob der bean-

tragte Kraftfahrlinienverkehr die Erfüllung der Verkehrsaufgaben durch die (kommerziellen) Verkehrsunternehmen in seinem Verkehrsbereich, „ernsthaft zu gefährden geeignet“ ist; dementsprechend legt § 14 KraftfahrlinienG auch unterschiedliche Kriterien fest, die bei kommerziellen (§ 14 Abs 2 leg cit) oder nicht-kommerziellen (§ 14 Abs 3 leg cit) Verkehrsdiensten zu prüfen sind

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[22.09.2020, Rs C-594/18 P, Österreich/Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 3 Buchst c AEUV – Art 11 und 194 AEUV – Art 1, Art 2 Buchst c und Art 106a Abs 3 des Euratom-Vertrags – Geplante staatliche Beihilfe zugunsten des **Kernkraftwerks Hinkley Point C** (Vereinigtes Königreich) – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Ziel im gemeinsamen Interesse – **Umweltziele der Europäischen Union** – Grundsatz des Umweltschutzes, Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip und Grundsatz der Nachhaltigkeit – Bestimmung der betroffenen wirtschaftlichen Tätigkeit – Marktversagen – Verhältnismäßigkeit der Beihilfe – **Investitions- oder Betriebsbeihilfe** – Bestimmung der Beihilfeelemente – Garantiemitteilung

[22.09.2020, verb Rs C-724/18 u C-727/18, Cali Apartments](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/123/EG – Anwendungsbereich – **Regelmäßige Kurzzeitvermietung** von möblierten Räumen an Personen, die sich lediglich vorübergehend in der betreffenden Gemeinde aufhalten, ohne dort einen Wohnsitz zu begründen – Nationale Regelung, die für bestimmte Gemeinden eine Regelung der **vorherigen Genehmigung** vorsieht und die betreffenden Gemeinden damit betraut, die Voraussetzungen für die Erteilung der entsprechenden Genehmigungen festzulegen – Art 4 Abs 6 – Begriff der Genehmigungsregelung – Art 9 – Rechtfertigung – **Unzureichendes Angebot an Wohnungen**, die längerfristig zu einem erschwinglichen Preis vermietet werden – Verhältnismäßigkeit – Art 10 – Anforderungen an die Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigungen

[23.09.2020, Rs C-777/18, Vas Megyei Kormányhivatal \(Soins de santé transfrontaliers\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – Krankenversicherung – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 20 – Geplante Behandlungen – Vorabgenehmigung – Zwingende Erteilung – Voraussetzungen – Hindernis für den Versicherten, eine Vorabgenehmigung zu beantragen – Verordnung (EG) Nr 987/2009 – Art 26 – **Übernahme der Kosten** einer vom Versicherten in Anspruch genommenen geplanten Behandlung – **Erstattungsmodalitäten** – Richtlinie 2011/24/EU – **Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** – Art 8 Abs 1 – Gesundheitsversorgung, die einer Vorabgenehmigung unterliegen kann – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Art 9 Abs 3 – Bearbeitung von Anträgen auf eine Leistung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung – Zu berücksichtigende Umstände – Angemessene Frist – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 AEUV

[24.09.2020, Rs C-601/18 P, Prysmian und Prysmian Cavi e Sistemi/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Europäischer Markt für **Erd- und Unterwasserstromkabel** – Aufteilung des Marktes im Rahmen von Projekten – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Nachfolge rechtlicher Einheiten – Zurechenbarkeit der Zuwiderhandlung – Grundsatz der Gleichbehandlung – Verfälschung von Beweisen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 20 – **Nachprüfungsbefugnisse** der Europäischen Kommission im **Kartellverfahren** – Befugnis, Daten ohne vorherige Prüfung zu kopieren und anschließend in den Räumlichkeiten der Kommission zu prüfen – Geldbußen

[24.09.2020, Rs C-223/19, YS \(Pensions d'entreprise de personnel cadre\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinien 2000/78/EG und 2006/54/EG – Geltungsbereich – Verbot mittelbarer Diskriminierungen wegen des Alters oder des Geschlechts – Rechtfertigungsgründe – Nationale Rechtsvorschriften, die einen **Abzug von den Pensionen**, die von mehrheitlich vom Staat kontrollierten Unternehmen unmittelbar an die Bezugsberechtigten ausbezahlt werden, sowie die Aufhebung der Indexierung der Höhe der Pensionen vorsehen – Art 16, 17, 20 und 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Anwendbarkeit – **Diskriminierung wegen des Vermögens** – Eingriff in die Vertragsfreiheit – Verletzung des Eigentumsrechts – Art 47 der Charta der Grundrechte – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf

[24.09.2020, Rs C-516/19, NMI Technologietransfer](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Art 107 und 108 AEUV – Verordnung (EU) Nr°651/2014 – Freistellung bestimmter Kategorien mit dem **Binnenmarkt vereinbar**er Beihilfen – Anhang I – Kleine und mittlere Unternehmen (**KMU**) – Definition – Kriterium der Unabhängigkeit – Art 3 Abs 1 – Eigenständiges Unternehmen – Art 3 Abs 4 – Ausschluss – **Indirekte Kontrolle von 25 %** des Kapitals oder der Stimmrechte durch öffentliche Stellen – Begriffe ‚Kontrolle‘ und ‚öffentliche Stellen‘

[24.09.2020, Rs C-195/20 PPU, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof \(Principe de spécialité\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Wirkung der Übergabe** – Art 27 – Etwaige Strafverfolgung wegen anderer Straftaten – Grundsatz der Spezialität

B. SCHLUSSANTRÄGE

[22.09.2020, Rs C-615/19 P, Dalli/Kommission \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Schadensersatzklage – **Außervertragliche Haftung** – Ersatz des Schadens, der dem Kläger durch das vermeintlich **rechtswidrige Verhalten** der Kommission und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) im Zusammenhang mit seinem **Ausscheiden aus dem Amt** als Mitglied der Kommission am 16. Oktober 2012 entstanden sein soll

[23.09.2020, verb Rs C-83/19 ua, Asociația "Forumul Judecătorilor Din România" \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vertrag über den **Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens** zur Europäischen Union – Entscheidung 2006/928/EG der Kommission zur Einrichtung eines Verfahrens für Zusammenarbeit und Überprüfung (**VZÜ**) – Natur und Rechtswirkungen des VZÜ und der von der Kommission auf dessen Grundlage erstellten Berichte – Ernennung der vorläufigen **Leitung der Justizinspektion** – Nationale Vorschriften über die Errichtung und Organisation einer Abteilung innerhalb der Staatsanwaltschaft für die Untersuchung von Straftaten innerhalb der Justiz – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Richterliche Unabhängigkeit

[23.09.2020, Rs C-291/19, SO \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vertrag über den **Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens** zur Europäischen Union – Entscheidung 2006/928/EG der Kommission zur Einrichtung eines Verfahrens für Zusammenarbeit und Überprüfung (**VZÜ**) – Natur und Rechtswirkungen des VZÜ und der von der Kommission auf dessen Grundlage erstellten Berichte – Ernennung der vorläufigen **Leitung der Justizinspektion** – Nationale Vorschriften über die Errichtung und Organisation einer Abteilung innerhalb der Staatsanwaltschaft für die Untersuchung von Straftaten innerhalb der Justiz – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Richterliche Unabhängigkeit

[23.09.2020, Rs C-355/19, Asociația "Forumul Judecătorilor din România" ua \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Vertrag über den **Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens** zur Europäischen Union – Entscheidung 2006/928/EG der Kommission zur Einrichtung eines Verfahrens für Zusammenarbeit und Überprüfung (**VZÜ**) – Natur und Rechtswirkungen des VZÜ und der von der Kommission auf dessen Grundlage erstellten Berichte – Ernennung der vorläufigen **Leitung der Justizinspektion** – Nationale Vorschriften über die Errichtung und Organisation einer Abteilung innerhalb der Staatsanwaltschaft für die Untersuchung von Straftaten innerhalb der Justiz – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Richterliche Unabhängigkeit

[23.09.2020, Rs C-397/19, Statul Român – Ministerul Finantelor Publice \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsvorlage – Vertrag über den Beitritt von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union – Entscheidung 2006/928/EG der Kommission zur Einrichtung eines Verfahrens für Zusammenarbeit und Überprüfung (**VZÜ**) – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Rechtsstaatlichkeit – Unabhängigkeit der Justiz – Staatshaftung – **Zivilrechtliche Haftung** von Richtern und Staatsanwälten für **Justizirrtümer**

[24.09.2020, Rs C-471/18 P, Deutschland/Esso Raffinage \(GA Tanchev\)](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH-Verordnung) – Art 41, 42, 50 und 51 – Dossierbewertung – **Prüfung der Registrierungs dossiers** auf Erfüllung der Anforderungen – Feststellung eines Verstoßes – Nichtigkeitsklage – Anfechtbare Handlung – Klagebefugnis – Rechtsgrundlage – **Verteilung der Zuständigkeiten** zwischen der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und den Mitgliedstaaten – Art 125 und 126 – Durchsetzung – Art 13 und 25 – **Reduzierung von Tierversuchen**

[24.09.2020, Rs C-398/19, Generalstaatsanwaltschaft Berlin \(Extradition vers l'Ukraine\) \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Auslieferung eines Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats an einen Drittstaat – Gesuchte Person erlangte die Unionsbürgerschaft erst nach **Verlegung ihres Lebensmittelpunkts** in den ersuchten Mitgliedstaat – **Auslieferungsschutz** für die eigenen Staatsangehörigen – Verpflichtungen des ersuchten Staates und des Herkunftsmitgliedstaats des Unionsbürgers – Ziel, die Gefahr der Straflosigkeit zu verhindern

[24.09.2020, verb Rs C-434/19 u C-435/19, Poste Italiane \(Demandeur d'emploi\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Wettbewerb – Staatliche Beihilfen – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Unternehmen, dem von den Mitgliedstaaten besondere oder ausschließliche Rechte gewährt werden – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (**DAWI**) – Führung von **Postgirokonten** für die Eintreibung der kommunalen Grundsteuer – Von dem begünstigten Unternehmen **einseitig festgelegte Gebühr**

C. GERICHT

[23.09.2020, Rs T-411/17, Landesbank Baden-Württemberg/CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die **Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge** für 2017 – Nichtigkeitsklage – **Unmittelbare und individuelle Betroffenheit** – Zulässigkeit – Wesentliche Formvorschriften – Feststellung des Beschlusses – Begründungspflicht – Recht auf effektiven Rechtsschutz – Einrede der Rechtswidrigkeit – Zeitliche Beschränkung der Urteilswirkungen

[23.09.2020, Rs T-414/17, Hypo Vorarlberg Bank/CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die **Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge** für 2017 – Nichtigkeitsklage – **Unmittelbare und individuelle Betroffenheit** – Zulässigkeit – Wesentliche Formvorschriften – Feststellung des Beschlusses – Begründungspflicht – Zeitliche Beschränkung der Urteilswirkungen

[23.09.2020, Rs T-420/17, Portigon/CRU](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die **Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge** für 2017 – Nichtigkeitsklage – **Unmittelbare und individuelle Betroffenheit** – Zulässigkeit – Wesentliche Formvorschriften – Feststellung des Beschlusses – Begründungspflicht – Zeitliche Beschränkung der Urteilswirkungen

[23.09.2020, Rs T-549/19, Medac Gesellschaft für klinische Spezialpräparate/Kommission](#)

Humanarzneimittel – **Arzneimittel für seltene Leiden** – Antrag auf Genehmigung für das **Inverkehrbringen** des Arzneimittels Trecondi-Treosulfan – Beschluss, mit dem ein Arzneimittel aus dem Register für Arzneimittel für seltene Leiden gestrichen wird – Art 3 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 141/2000 – Begriff ‚**zufriedenstellende Methode**‘ – Art 5 Abs 12 Buchst b der Verordnung Nr 141/2000 – Rechtsfehler

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.